

02.03.2016 - Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, Teil II

1936 ? Zeit der Massenbewegungen

von Paul Michel

Am 16.1.1936 wurde die Volksfront (Frente Popular) gegründet. Sie umfasste im wesentlichen die gemäßigten Republikaner (Republikanische Linke und Republikanische Union), die sozialdemokratische PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und den ihr nahestehenden Gewerkschaftsverband UGT, die stalinistische PCE (Kommunistische Partei Spaniens) sowie die unabhängigen Kommunisten der POUM (Arbeiterpartei der marxistischen Einigung).

Die acht Punkte des Wahlprogramms der Volksfront trugen die Handschrift der gemäßigten Republikaner. Es sah eine Agrarreform und eine Reform des Schulwesens vor. Daneben enthielt es Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung, den Ausbau öffentlicher Arbeiten und gewisse Sozialreformen. Radikalere Forderungen wie die Verstaatlichung von Grund und Boden, die Sozialisierung der Banken oder Arbeiterkontrolle in der Industrie schloss das Programm ausdrücklich aus.

Das sehr gemäßigte Programm enthielt allerdings eine Forderung, die allgemeine Zustimmung fand und die Massen mobilisierte: die bedingungslose Amnestierung der Aufständischen von 1934. Sie war auch der Grund dafür, dass die Anarchisten im Februar 1936 erstmals nicht zum Wahlboykott aufriefen ? was sich letztendlich als das Zünglein an der Waage erwies.

Der Wahlsieg der Linken am 16. Februar war weniger nach Stimmen als nach Sitzen deutlich. Die rechte «Nationale Front» erhielt 3,8 Mio. Stimmen und 132 Mandate, die linke «Volksfront» 4,3 Mio. Stimmen und 267 Mandate. Die neue Regierung ? zunächst unter Manuel Azaña, nach dessen Wahl zum Staatspräsidenten im Mai dann unter Santiago Casares Quiroga ? wurde ausschließlich aus den Reihen der beiden republikanischen Parteien gebildet, konnte sich aber auf die Tolerierung durch die übrigen Volksfrontparteien stützen.

Die Strömungen der Linken

Die PSOE bestand faktisch aus zwei unterschiedlichen Parteien. Der rechte Flügel um Indalecio Prieto arbeitete sehr eng mit den bürgerlichen Parteien der Volksfront zusammen und befürwortete das Programm der Volksfront. Der Flügel um Largo Caballero verweigerte zunächst die Zusammenarbeit mit der Regierung. Er erklärte, die bürgerlichen Parteien sollten «ihre» Revolution machen. Sie, der linke Flügel der PSOE, würden erst auf den Plan treten, wenn das erste Stadium der Revolution abgeschlossen

sei. Wenn man auch aus der scharfen Rhetorik von Largo Caballero den Eindruck gewinnen konnte, dass er mittlerweile zum revolutionären Marxismus übergewechselt war, so war doch klar, dass viele seiner Anhänger zwar ein radikaleres Programm wünschten, aber nicht um den Preis der Spaltung der Partei. Bezeichnend war auch die Haltung Largo Caballeros gegenüber der anarchistischen CNT. Obwohl diese sich jetzt einer Zusammenarbeit mit der UGT zugänglicher zeigte, ging Largo Caballero nicht darauf ein.

Die PCE war die Kraft der Linken, die im Jahr 1936 die größten Fortschritte machte. Die Abkehr von ihrer sektiererischen Linie aus dem Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre, als die Sozialdemokraten zum Hauptfeind erkoren worden waren, zahlte sich für sie aus. Die PCE, die Anfang der 30er Jahre auf lediglich ein paar hundert Mitglieder und damit fast schon zu einer Kleinpartei abgesunken war, erfuhr nun einen sehr starken Mitgliederzuwachs. Sie gewann Einfluss auf die linken Kreise der PSOE, insbesondere auf deren Jugendverband FJS. Während eines UdSSR-Besuchs im März 1936 entstand die Idee einer Fusion der Jugendorganisationen von PSOE und PCE. Mit der Bildung der neuen Jugendorganisation JSU verfügte die PCE zum erstenmal über eine Massenbasis. Sie gab ihr einen Aktionshebel, den sie nun auch innerhalb der PSOE ansetzen konnte. Das zeigte als erstes Wirkung in Katalonien: Dort kam es im Juni 1936 zu einer Fusion von PSOE und PCE zur PSUC (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens).

In Katalonien gab es für die PSUC einen für sie unangenehmen Konkurrenten auf der Linken, die POUM. Die POUM war von oppositionellen Kommunisten gegründet worden, die als «Abweichler» ausgeschlossen worden waren. Die POUM war im September 1935 durch die Fusion zweier unterschiedlicher kommunistischer Gruppierungen ?

Kommunistische Linke (IC) und Arbeiter- und Bauernblock (BOC) ? entstanden. Deren führende Köpfe, Andreu Nin (IC) und Joaquín Maurín (BOC), waren beide im Rahmen der Stalinisierung der PCE ausgeschlossen worden. Nin, weil er sich der Linken Opposition um Trotzki, Maurín, weil er sich der «rechten» Opposition um Bucharin und Brandler angeschlossen hatte. Die POUM verstand sich als Erbin des Gedankenguts Lenins und lehnte die Volksfrontkonzeption der PCE als Burgfriedenspolitik ab. Aus taktischen Gründen unterstützte sie zwar das Wahlmanifest der Volksfront, propagierte aber gleichzeitig eigenständige radikale Aktionsformen wie die Besetzung von Ländereien und Betrieben. Im Juli 1936 zählte die POUM etwa 3000 Mitglieder, hauptsächlich in Katalonien und Aragón.

Für die anarchistische CNT brachten die Monate vor dem Putsch im Juli unterschiedliche Erfahrungen. Während die CNT in Madrid ihren Einfluss vergrößern konnte, erwuchs ihr in ihrer Hochburg Katalonien eine neue (marxistische) Konkurrenz, vor allem im Dienstleistungs- und im Angestelltenbereich. Beim Kongress im Mai rückte die CNT

etwas von ihrem Aufstandskonzept ab, das ihr in den vorangegangenen Jahren schwere Verluste eingebracht hatte. Jetzt wurde stärker der Gedanke der «Einheit der Arbeiterklasse» betont. Nun wolle man sich stärker Problemen des Alltags zuwenden.

Vorrevolutionäre Bewegungen

Die neue Regierung sah sich sofort mit großen Problemen konfrontiert. Im Grunde waren das die gleichen Zwänge, denen sich die Reformregierung von 1931 gegenüber sah. Die Hauptidee der Massen an die republikanische Regierung war die Befreiung der 30000 asturischen Gefangenen. Sie warteten nicht die Amnestie ab, die am 22. Februar ausgesprochen wurde, sondern zogen in allen spanischen Großstädten in riesigen Demonstrationen vor die Gefängnisse und befreiten die Gefangenen. Bereits am 17. Februar setzten CNT-Demonstranten in Valencia die Freilassung der Gefangenen durch. Weitere Städte folgten.

Auch auf dem flachen Lande spitzten sich die Verhältnisse zu. Dort setzte eine Welle von spontanen Landbesetzungen ein. Ende Februar begann die Übernahme von Ländereien der Großgrundbesitzer durch Bauern in den Provinzen Badajoz und Cáceres, in den folgenden Monaten in Andalusien, Kastilien, sogar Navarra. Im April bemächtigten sich die Bauern der Besitzungen des ehemaligen Staatspräsidenten Alcalá Zamorra und des Herzogs von Albuquerque. Oft kam es dabei zu blutigen Zusammenstößen mit der Guardia Civil.

In den Städten wurden die im Jahr 1931 gewählten und nach 1933 von den Rechten abgesetzten Stadtverwaltungen wieder eingesetzt. Es begannen Angriffe auf Besitztümer bekannter Rechter und der Kirche. Das Volk kümmerte sich nicht um das gemäßigte Programm der Volksfront. Ab Frühjahr 1936 kam es immer häufiger zu Streiks, bei denen es zumeist um die Wiedereinstellung von Arbeitern ging, die während der schwarzen zwei Jahre von den Unternehmern auf die Straße gesetzt worden waren. Diese Streiks weiteten sich aus, obwohl PSOE und PCE immer wieder dazu aufriefen, sie zu unterlassen, da sie für die Republik schädlich seien.

Radikalisierung der Rechten

Die herrschenden Kreise Spaniens rückten nach der Wahlniederlage vom Februar 1936 weit nach rechts und nahmen zunehmend eine republikfeindliche Haltung ein. In der Armee begannen republikfeindliche Offizierskreise, Putschpläne zu schmieden. Mit Unterstützung der Presse und der Kirche zeichnete die Allianz der rechten Parteien, CEDA, nun von Spanien das Bild einer im Chaos versinkenden Gesellschaft. Im Parlament bezeichnete sich Calvo Sotelo offen als Faschist und rief nach der Armee, die gegen die Feinde Spaniens rüben vorgehen solle. Mitglieder der Jugendorganisation der

CEDA wechselten massenweise zur 1933 gegründeten faschistischen Falange. Diese Organisation, in der sich vorwiegend die Kinder der oberen Klassen tummelten, wollte eine spanische Version des Faschismus bestehend aus einer Mischung von Katholizismus und «Nationalem Syndikalismus». Bei den Wahlen hatte die Falange, geführt von José Antonio Primo de Rivera, dem Sohn des früheren Diktators Manuel Primo de Rivera, kaum Zuspruch bekommen. Im Frühjahr 1936, getragen vom Mitgliederzustrom, ging sie zum offenen Straßenterror über. Die Falangisten unternahmen zahlreiche Attentate auf linke Politiker, Abgeordnete, Richter, selbst auf Largo Caballero. Zwischen Februar und Juli gab es über 250 politisch motivierte Morde.

Vorstadien der Militärrevolte

Die Oligarchen, Traditionalisten, Monarchisten setzten ihre Hoffnungen aber vor allem auf die Armee. In ganz Spanien fanden auf Einladung der militärischen Geheimorganisation UME Besprechungen zwischen höheren Offizieren und führenden Politikern der Rechtsparteien statt. Der Regierung blieben diese Aktivitäten nicht verborgen. Sie traf Gegenmaßnahmen. Franco wurde als Generalstabschef abgesetzt und erhielt einen Militärbefehl auf den Kanarischen Inseln, Goded wurde auf die Balearen versetzt. Der ehemalige Sicherheitschef der Monarchie, Emilio Mola, musste den Oberbefehl in Afrika abgeben und sich mit Navarra begnügen.

Trotz dieser Maßnahmen wurde die Verschwörung fortgesetzt. Ihr organisatorisches Zentrum wurde nun Navarra, wo Mola sich frei bewegen und auf die tätige Anteilnahme weiter Offizierskreise stützen konnte. Zu den Häuptern der Verschwörung zählte auch Calvo Sotelo. Im Juni wurden die letzten Differenzen zwischen den Verschwörern über das weitere Vorgehen beiseite geräumt. Anlässlich eines Armeemanövers in Marokko leisteten die Verschwörer ihren «Eid von Llano Amarillo». Mola forderte alle Beteiligten auf, sich für den 15. Juli in Bereitschaft zu halten. Franco sollte von den Kanarischen Inseln aus Marokko zum Aufstand bewegen, Goded die Balearen und Katalonien und Queipo de Llano Sevilla.

Heute weiß man, dass die Regierung über die Putschvorbereitungen der Militärs recht gut unterrichtet war. Sie unternahm aber nicht viel dagegen. Am 13. März dementierte sie öffentlich, wider besseres Wissen, alle Putschgerüchte. Diese Nachsicht verstanden viele anfangs unentschlossene Offiziere so, dass es ihnen zumindest nicht schaden würde, wenn sie Sympathien mit den konspirierenden Militärs bekundeten.

Azaña und Quiroga, und die von ihnen vertretenen linksbürgerlichen Kräfte, lavierten, weil sie sich von beiden Seiten bedroht fühlten: von der faschistischen Reaktion, aber ebenso von den sich radikalierenden Bewegungen der städtischen und ländlichen Arbeiterschaft. Abwechselnd wurden erst Falangisten und dann wieder Anarchisten



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

verhaftet. Auf keinen Fall wollte die Regierung entschlossen gegen die Generäle vorgehen. Denn um diese Machtprobe zu bestehen, hätte sie die Arbeiter bewaffnen müssen...